

Tagungsbericht: "Demokratisierung und Entdemokratisierung in Europa?"

Kozeluh, Ulrike

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kozeluh, U. (2006). Tagungsbericht: "Demokratisierung und Entdemokratisierung in Europa?". *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 35(3), 311–318. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64159>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Ulrike Kozeluh (Wien)

Tagungsbericht: „Demokratisierung und Entdemokratisierung in Europa?“

Eine Tagung des Renner-Instituts in Kooperation mit AGORA, der Sektion Demokratieforschung der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Wien, 8. und 9. Juni 2006

Ausgehend von der Problemstellung, dass die Aufkündigung des Gesellschaftsvertrages der Nachkriegszeit mit seinen ökonomischen und sozialen Merkmalen (z. B. Vollbeschäftigung, wohlfahrtsstaatliche Sicherung etc.) durch eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu politischen Veränderungen in Europa geführt hat, hatte die Konferenz zum Ziel, die Auswirkungen dieser Veränderungen („Reformpolitiken“) auf die politischen Systeme und die Beschaffenheit von Demokratie auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene zu beleuchten.

Erich Fröschl (Renner Institut) und Christian Schaller (Agora) eröffneten die Tagung mit einer Erläuterung des gesetzten Rahmens:

Fünf zentrale Fragen sollten die Problemstellungen zunächst auf einer allgemein-einführenden Ebene, danach an Hand von vier Länderfallbeispielen (Österreich, Großbritannien, Italien und die Tschechische Republik) sowie für die Europäische Union analysieren:

1. Was sind die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für Partizipation? Inwiefern bestimmen sie Demokratiequalität, Demokratisierung und Entdemokratisierung?
2. Wie sind politische Partizipationsformen und politisches Partizipationsverhalten der Bevölkerung beschaffen? Welche Auswirkungen haben sie auf Demokratiequalität, Demokratisierung und Entdemokratisierung?
3. Wie wirkt sich das Verhältnis von Politik und Medien auf das Verhältnis von Demokratiequalität, Demokratisierung und Entdemokratisierung aus?
4. Was bedeutet Europäisierung (Verlagerung politischer Kompetenzen auf die Ebene der Europäischen Union) für nationalstaatliche

Demokratiequalität, Demokratisierung und Entdemokratisierung?

5. Welche Reformen für Demokratisierung und welche Gegenstrategien zu Entdemokratisierung sind möglich bzw. wünschenswert?

In seiner Keynote Speech wies Thomas Meyer (Moderation: Hubert Sickinger) auf die Verlockung hin, die genannten Fragestellungen mit „generalisierenden Hypes“ zu beantworten. Zu einfach sei es etwa, ein Ende des Wohlfahrtsstaates, einen Postparlamentarismus festzustellen oder den Neoliberalismus – quasi als Naturgewalt – als Erklärungsmuster heranzuziehen:

Verfallsprognosen sind immer spektakulär und aufmerksamkeitsfreudig, jedoch in nüchterner Analyse selten realistisch. Meistens geht es um Transformationsprozesse mit gemischter Bilanz, in der Gewinne und Verluste zu verzeichnen sind, vor allem aber Veränderungen und Neuerungen, die nicht linear mit den vorherigen Zuständen verglichen werden können. Das gilt beispielsweise für die Entwicklung der modernen Mediendemokratie, aber auch für die Europäische Union. Demokratiedefizite zu konstatieren setzt also nicht unbedingt, so jedenfalls mein Ausgangspunkt, die Behauptung voraus, diese hätten zuvor nicht bestanden.

Ausgehend von dieser Diagnose skizzierte Meyer große Trends mit hohem Veränderungspotenzial: Verwende man für die Beurteilung der Demokratiequalität in Europa die Indikatoren Wahlbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Demokratievertrauen der Bürgerinnen und Bürger, dann sei die demokratiepolitische Bilanz im Großen und Ganzen ausreichend und nicht wesentlich schlechter als in den Jahrzehnten zuvor. Die Wahlbeteiligung schwanke traditionell, die Politikverdrossenheit betreffe die politischen Institutionen, aber nicht Politik im Allgemeinen, das zivilgesellschaftliche Engagement habe zwar an Spektakularität verloren, sei aber relativ stärker ausgeprägt als noch in den 1970er- und 1980er-Jahren. Anlass zu besonderer Sorge würden jedoch die Verringerung sozialer Demokratie, eine zunehmende Medialisierung und die Stagnation im Bereich der Europäischen Union geben.

Die Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen (Krise des Sozialstaates) für die Gewährleistung gleicher Partizipationschancen der Bürgerinnen und Bürger ziehe einen Abbau sozialer Demokratie nach sich. Soziale Demokratie sei allerdings wiederum Voraussetzung für die faktische Umsetzung der Gleichheits- und Teilhabebedingungen liberaler Demokratie. Dies bedeute eine praktisch spürbare soziale, politische und ökonomische Exklusion – und für einen beträchtlichen Teil der Bürgerinnen eine Verschlechterung ihrer realen Teilhabechancen.

Länder mit Bildungssystemen, die Ungleichheiten der Sozialklassenzugehörigkeit bloß reproduzieren, schaffen in dieser Hinsicht starke Ausschließungsmechanismen. In diesem Sinne ist die Schwächung der Standards sozialer Demokratie zugleich auch eine Schwächung der partizipativen Demokratie,

so Meyer.

Die Medialisierung von Politik führe aufgrund Entertainisierung, Theatralisierung und überspitzter Personalisierung zu einem Verlust deliberativer Qualität der demokratischen Öffentlichkeit, zur Marginalisierung von politischen Parteien und Parlamentsfraktionen und beschneide damit den Spielraum deliberativer Politik. Auch würden sich Demoskopie und

Medien in hohem Maße auf Momentaufnahmen konzentrieren statt auf Prozesse, Argumente und Verfahren. In Kombination mit einem eindeutig feststellbaren Qualitätsverlust der politischen Beratung stellten diese „Irrationalisierungen“ eine „durchaus ernsthafte Gefährdung der Demokratiequalität in den europäischen Ländern“ dar.

Die EU müsse, um die Krise der Stagnation zu überwinden, „wieder zu einer realistischen Utopie“ werden. Politikgestaltung müsse politisiert werden, so könne z. B. die Präsentation und Diskussion von Entscheidungsalternativen zu einer Belebung der europäischen Öffentlichkeit führen.

Meyers Fazit lautete, dass letztlich, als „gemischte Bilanz“, große und kleine Demokratie-defizite zu konstatieren seien: „Im Falle von sozialem Demokratieverlust, Medialisierung der Demokratie und Europakrise sind sie ernsthafter Natur und bedürfen phantasievoller und beharrlicher Gegenstrategien. Sie haben trotz des gemeinsamen Rahmens der Globalisierung dennoch jeweils eigene spezifische Ursachen und sind daher nicht durch eine Patentrezeptur zu heilen. Die Demokratisierung in Europa ist eine große Baustelle mit mehreren Bauplätzen. Der Gesamtüberblick ist wichtig, aber die Arbeit muss auf den einzelnen Baustellen geleistet werden.“

Der ausführlichen Präsentation und Diskussion der Länderfallbeispiele war der nächste Tag gewidmet. Den Abschluss der Tagung bildeten die Präsentation der Schlussfolgerungen aus den Länderfallbeispielen, ein Referat zum europäischen Kontext von nationalstaatlicher Demokratieentwicklung und eine Podiumsdiskussion zur Frage von Demokratisierung und Entdemokratisierung auf EU-Ebene:

Anton Pelinka eröffnete seinen Beitrag zum Länderfallbeispiel *Österreich* (Discussant: Herbert Dachs, Moderation: Wolfgang C. Müller) mit der Feststellung, dass die Demokratiequalität eines politischen Systems sowohl am Zugang zum politischen Entscheidungsprozess als auch am Ergebnis dieses Prozesses gemessen werden müsse, „denn darin kommt die für

die Demokratie unverzichtbare Ambivalenz von Freiheit und Gleichheit zum Ausdruck“.

Pelinka untersuchte daher auch für Österreich den Input- und Output-Bereich der Politikgestaltung und konstatierte wie bereits Meyer eine „gemischte Bilanz“: Die wichtigsten Defizite bzw. Merkmale der Entdemokratisierung seien „die quantitativ zunehmende Verletzung des Konzepts ‚citizenship‘ (nach Dahl) und die sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich“. Vom Bedeutungsverlust der Sozialpartnerschaft, dem Stil der politischen Kultur profitiere vor allem die rechte Gesellschaftskritik. Aus dem Prototyp einer Konsens- und Verhandlungsdemokratie sei eine Mischform aus Konkordanz- und Konfliktdemokratie geworden. Pelinka begegnete der Vorstellung, die Qualität der österreichischen Demokratie durch eine Verfassungsreform garantieren bzw. verbessern zu können, mit historisch begründeter Skepsis: „Die Konkordanzdemokratie der Zweiten Republik funktionierte auf der Grundlage derselben Verfassung, die nicht geeignet war, die zentrifugale Entwicklung der Ersten Republik zu verhindern.“

Trotz der Distanz im Input-Bereich könne eine Europäisierung der österreichischen Politik festgestellt werden – die genannten Problemstellungen könnten daher auch nur auf europäischer Ebene gelöst werden: „Europäische Konzepte zur Definition von ‚citizenship‘, in Verbindung mit einer europäischen Migrationspolitik gehören ebenso dazu wie der systematische Beginn einer europäischen Sozialpolitik und eine europäische Verfassungspolitik, die vor allem die Stärkung des Europäischen Parlaments zum Ziel hat.“

Discussant Herbert Dachs stimmte Anton Pelinka einerseits zu, verwies andererseits aber auf die Schwierigkeit, Demokratie überhaupt messen zu wollen, denn dabei könnten normative Urteile und empirische Befunde leicht vermischt werden. Er schlug vor, als Kriterien für die Messbarkeit von Demokratie „accessability und accountability“ zu etablieren. Schwierig sei es auch, einen generalisierenden Befund zu formulieren, denn „Demokratie ist in Österreich in verschiedenen Spielarten anzutreffen: auf Bundes- und Länderebene, als Konflikt-, Konsens-

und Konkordanzdemokratie“. Dachs beobachtete aber auch, dass sich „die Politik Macht zurückholt, vor allem wenn Politik als Bewegung, alternativenreich und mobilisierend, auftritt“.

Die negativen Anteile der Konkordanzdemokratie, wie sie vielfach auf Länderebene und in den Gemeinden in Österreich anzutreffen ist, seien: „Reformverweigerung – Elitenpolitik wirkt damit Demokratie mindernd. Somit ist auch die Große Koalition eine Demokratieminderin.“

Dachs stellte aufgrund von empirischen Untersuchungen zum Demokratieverständnis in Österreich einen „verengten Demokratiebegriff“ fest. Elemente sozialer und partizipativer Demokratie würden nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung unterstützt. Allerdings sei auf kommunaler Ebene durchaus eine Aufwertung der demokratischen Willensbildung festzustellen: Dies gelte etwa für die Möglichkeit der Direktwahl der BürgermeisterInnen oder für kooperative Demokratieelemente wie Lokale Agenda 21-Prozesse, die jedoch keine Auswirkungen auf die Bundesebene zeigen würden. Festzustellen sei auch, dass die etablierte Politik auf Gemeindeebene auf Ergebnisse partizipativer Politikentwürfe oft mit der „breiten Palette der Tricks des Aussitzens“ reagiere, so Dachs.

Die Potenziale der Zivilgesellschaft, vermehrt Elemente der sozialen und partizipativen Demokratie einzufordern, seien schwer einzuschätzen – letztlich bleibe ihre Hauptaufgabe das Agenda Setting und nicht die unmittelbare Beteiligung am politischen Prozess. Fraglich sei auch, ob zivilgesellschaftliche Organisationen den „Marienthal-Mechanismus“ aufhalten können bzw. sollen. Wenn der Staat soziale Fürsorge nicht mehr vermitteln könne, sei nationalstaatlicher Souveränitätsverlust die Folge – dies führe zu Furcht und Unsicherheit. Zwar sei es notwendig, diese Probleme auf europäischer Ebene zu lösen, die demokratiepolitische Verunsicherung werde damit aber nicht aufgehoben: Dachs konstatierte für Nationalstaaten in der EU ein „veritables demokratiepolitisches Dilemma“ und bezeichnete die EU als „Entdemokratisierungsagentur“. Die EU könne nur sehr langfristig helfen, demokratie-

politische Probleme in Österreich zu lösen – vorher müsse man „durch das Tal der demokratiepolitischen Tränen“.

Die Tagung wurde in englischer Sprache fortgesetzt.

Für *Großbritannien* fragte André Kaiser (Discussant: Karl A. Duffek, Moderation: Wolfgang C. Müller) nach den Auswirkungen der New Labour-Regierungen seit 1997 auf die Demokratiequalität. Zunächst nahm er konzeptuelle Klärungen vor, da man zwischen dem Prozess der Demokratisierung und dem Feststellen von demokratischer Qualität unterscheiden müsse.

Kaiser definierte Demokratisierung als Wandlungsprozess von autoritären zu demokratischen Regimes, wobei er Demokratie, in Anlehnung an Dahl, als „participation plus contestation“ verstand. Demokratische Qualität beschrieb der Referent als multidimensionales Konzept, charakterisiert durch „trade-offs and optimization problems“. Partizipation, Repräsentation, Responsivität, Rechenschaftspflicht, Wettbewerb und Kontrolle bildeten den Mix, der graduell unterschiedlich die Qualität von Demokratie ausmache. Eine gleichzeitige Maximierung dieser Dimensionen sei kaum möglich, für den jeweiligen Qualitätsanspruch bedeute das, den richtigen Mix zu wählen.

Kaiser schlug als begriffliche Annäherung vor, Demokratie als „mix between inclusiveness and alternation“ zu begreifen und diagnostizierte im Fall von Großbritannien das Problem, den richtigen Mix zwischen konkurrierenden Zielen zu finden. Es sei ein typischer Fall einer Mehrheitsdemokratie nach Lijphart, in der eine Ein-Parteienregierung uneingeschränkte Regierungsmacht bis zum nächsten Wahltag inne habe. In einem zweidimensionalen Konzept von Demokratie würden die Abstimmungsprobleme zwischen Inklusivität (von Kaiser definiert als Stimmenanteil der WählerInnen, die in der Regierung vertreten sind) und Wechsel üblicherweise „in favour of high alternation“ gelöst. Kaiser stellte daher für Großbritannien folgende demokratiepolitische Probleme fest:

Interne Probleme:

Die Erosion der Zweiparteienvorherrschaft führte zum Aufstieg dritter Parteien (die Liberal and Social Democrats, die Nationalists in Schottland und Wales sowie andere Kleinparteien) und auch zum Wunsch nach konstitutioneller Reform, mit unterschiedlichen Zielsetzungen: einerseits dem Bruch mit dem Westminster-Modell, um zu einer europäischen Konsensdemokratie kontinentaleuropäischen Typs zu gelangen, andererseits die Reform der Westminster-Demokratie, wie sie New Labour vertrat.

Externe Probleme:

Großbritannien sei Teil des anglo-amerikanischen Kapitalismus – daher gebe es keine Tradition von ökonomischer Demokratie, Korporatismus und betrieblicher Mitbestimmung. Die europaweite gesellschaftliche und politische Entwicklung zum Neoliberalismus sei demzufolge nicht als Verschlechterung demokratischer Qualität begriffen worden. Im Gegenteil: „Shifts from the public to the private sector have been seen as increasing the opportunities for decentralised, participatory decision-making.“

Die europäische Integration, die Idee „Europa“, bleibe in Großbritannien umstritten, die britische Souveränität vorrangig. Zur Frage des Verhältnisses zwischen Medien und Politik stellte Kaiser fest, dass hier weniger Fragen demokratischer Qualität im Mittelpunkt stünden, in Großbritannien seien die Medien Austragungsort für machtpolitische Auseinandersetzungen in und zwischen Parteien.

Schlussendlich sei die Verfassungsreform-Agenda von New Labour von einer langen Liste individueller Reformen geprägt (z. B. „Devolution“, „Scotland and Wales Acts“ und andere regionale Autonomisierungspolitiken), es gebe aber keinen Masterplan. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit bliebe die konstitutionelle Reform ein Thema für die Gerüchteküche, da sie zu wenig deutlich bzw. zu wenig profiliert wahrgenommen werde. Die Westminster-Demokratie wurde zwar ein wenig reformiert – „seen in this light, democratic quality has improved“ –, ein Wandel in Richtung europäischer Kon-

sensusedemokratie sei jedoch nicht festzustellen. Kaiser erwartete eher größere, langfristige Probleme, da Spannungen zwischen den nationalen und regionalen Logiken demokratischer Politik zunehmen würden und das nationale Wahlsystem diesen Spannungen nicht gewachsen sein könnte.

Karl A. Duffek entgegnete als Discussant, dass es für dieses Urteil noch zu früh sei: Die Reformagenda von New Labour sei noch nicht am Ende – in vier Feldern soll es laut Wahlprogramm 2005 eine konstitutionelle Reform geben:

- Devolution
- Schutz von Bürgerrechten und politischen Rechten
- Active Citizenship
- Repräsentation von Frauen in der Politik

Duffek stimmte Kaiser zu, dass eine ökonomische Demokratie zwar nie eine Rolle in der britischen Regierungspolitik gespielt habe, soziale Rechte seien dennoch sehr wohl ein Thema. Nicht zu vergessen seien auch die Irritationen der britischen Demokratie durch „9/11“ und die Beteiligung am Irakkrieg (Ausweitung der Tätigkeiten und Aufwertung der Geheimdienste, Einschränkung von Bürgerrechten). Generell sinke die Wahlbeteiligung in Großbritannien: Im Zusammenhang mit der von Labour nicht weiter verfolgten Diskussion einer Reform des Mehrheitswahlsystems blieb die Frage unbeantwortet im Raum, ob Devolution und die nationalistischen Parteien in Schottland und Wales eine Gefahr für die britische Demokratie sein könnten.

Gianfranco Pasquino zeichnete für *Italien* (Discussant: Ulrich Ladurner, Moderation: Bernhard Perchinig) folgendes Bild:

Auf den ersten Eindruck schienen die Parteien in Italien sehr stark zu sein, sie beeinflussten in hohem Maße die „institutional arrangements“. Auch die Position des Präsidenten sei historisch nie sehr stark und Italien immer von einem schwachen Parlament und Ministerpräsidenten geprägt gewesen, die keine Autonomie für das institutionelle Spiel hatten. Von einer eher schwachen Regierung auf eine schwa-

che Demokratie zu schließen, sei jedoch verfehlt:

In fact, one could state that governments could afford the luxury of being unstable precisely because the overall political and institutional framework was democratically solid. (...) The instability of Italian governments must to a large extent be considered an element contributing to the stability of Italian Democracy.

Die Parteien seien in Italien traditionell immer sehr stark gewesen („partitocrazia“), allerdings – so Pasquino – aufgrund der Schwäche aller anderer politischer Institutionen: “they were strong by default”. So seien gerade die Kommunisten ein wichtiger Stabilitätsfaktor für das italienische politische System gewesen – sie hätten Demokratie nie in Frage gestellt, sondern sich als Reformmotor für mehr Demokratie und Verteilungsgerechtigkeit verstanden. Stabilität hätte auch die Konkurrenz mit dem klassischen Gegenspieler, den Christdemokraten, geboten.

Das Schlüsselwort für Italien sei „Transition“. Seit 1992/93 mache das italienische politische System eine komplexe, kontroverse und von Konflikten gekennzeichnete Phase durch. Ungelöst seien die Fragen der Machtbalance zwischen den italienischen Parteien, deren Einflussnahme auf die Regierung und das gesamte politische Institutionensystem sowie die Qualität der politischen Führung – im Großen und Ganzen könne man beim italienischen „Case“ weder von einem Prozess der Demokratisierung noch von Entdemokratisierung, sondern eher von einer demokratischen Pattstellung sprechen. Die Parteien, oder, seit Berlusconi, „political movements“, seien weiterhin ein wichtiger Faktor des italienischen öffentlichen Lebens, das Fernsehen gelte als wichtigstes politisches Informationsmedium. Weder verschlechtere noch verbessere sich die italienische Demokratie, wobei auch Pasquino auf das Problem von Messkriterien für Demokratie und Demokratiequalität verwies. Die institutionellen Ausformulierungen der italienischen Demokratie würden, so die letzte Eurobarometer-Umfrage, von den ItalienerInnen nicht wirklich geschätzt. 65 Prozent seien mit dem Funktionieren ihrer Demokratie unzufrieden, partizipierten jedoch

in einer Fülle von außerinstitutionellen Einrichtungen. Die Idee des vereinten Europa sei weitgehend akzeptiert, werde aber als nicht relevant für die Qualität der italienischen Demokratie erachtet.

Discussant Ulrich Ladurner schloss daraus, dass weder – wie seit Berlusconi oft propagiert – von einem „dark age“ noch – für die Zeit davor – von einem „golden age“ der italienischen Demokratie gesprochen werden könne. Es stimme zwar, dass Berlusconi ein politisches Vakuum fülle, könne aber deshalb bereits von Entdemokratisierung gesprochen werden? Was Berlusconi geschafft habe, sei, italienische Strukturen völlig umzudrehen, denn in Italien sei das Parlament traditionell instabil, die Gesellschaft hingegen (aufgrund der familiären Strukturen) stabil – das Gegenteil sei nun der Fall.

Die Parteien seien, so Ladurner, traditionell immer sehr stark gewesen – die Kommunisten hätten aufgrund ihres „door to door campaigning“ in den 1950er-Jahren einige Millionen Mitglieder gehabt. Die aktuelle Frage nach der Demokratiequalität weise durchaus auf eine Veränderung der politischen Rhetorik hin – die italienischen Parteien hätten nie Platz für einen rechten Rand gelassen, was die Entstehung von rechten Splittergruppen und den öffentlich-politischen Diskurs beeinflusst habe.

Gianfranco Pasquino konnte Discussant Ladurner nicht zustimmen: Die Debatte auf die Person Berlusconi reduzieren zu wollen, sei falsch, denn es gebe mehr als Berlusconi in der italienischen Politik. Berlusconi sei nicht die Ursache für alles, was in Italien schief gehe. Er sei ein kleines Puzzleteilchen in der italienischen Biografie, ein Produkt von Bedingungen, die schon vorher existiert hätten. Berlusconi schaffe es – insofern stimmte Pasquino zu –, die Regierung zu stabilisieren und die Instabilität in die Gesellschaft zu importieren. Einerseits wirke er inkludierend, andererseits repräsentiere er sehr wohl „the dark age of Italian government“. Es stimme, dass er Gesetze nach seinen Vorstellungen korrigiert habe und durchaus thatcheristische Elemente (wie z. B. „there is no such thing as society“) nach Italien bringe. Auf fruchtbaren Boden falle seine Strategie dort,

wo WählerInnen „stable governments“ wollten, die sie nicht weiter belästigen würden. In Berlusconis Propaganda sei Italien „a country that is deeply divided“ – wer nicht für mich ist, ist gegen mich, wie Pasquino die Zelebrierung dieser Spaltung interpretierte.

Ladislav Cabada eröffnete das Länderfallbeispiel *Tschechische Republik* (Discussant: Andreas Pribersky, Moderation: Bernhard Perching) mit der Feststellung, dass die Tschechische Republik nach dem Jahr 1989 mit der Bildung einer demokratischen Regierung gegründet worden sei (Cabada wies darauf hin, die Begriffe Tschechoslowakische Republik und Tschechische Republik für die Jahre 1989 bis 1992 synonym zu verwenden). Das Land könne mittlerweile als konsolidierte Demokratie gelten. Cabada stimmte nicht mit anderen PolitologInnen überein, dass die neuen Demokratien in der EU erst herausfinden müssten, ob sie wirklich demokratisch seien. Auch stellte er in Frage, ob die „democracies in transition“ wirklich mehr oder weniger korruptionsanfällig als die traditionellen westlichen Demokratien seien. 16 Jahre danach könne man sagen, dass der Wandel Richtung Demokratie nicht so schmerzhaft wie in anderen Ländern gewesen sei. Die politische Elite habe den Prozess dominiert, „a coalition of moderate representatives of the new and old regime“ sei das Ergebnis.

Prinzipiell hätten viele Faktoren die Ausgestaltung der tschechischen Demokratie beeinflusst. Es sei daher nahe liegend, dass die kommunistischen Regime, aber auch die längerfristige historische Entwicklung der politischen Kultur dafür maßgeblich gewesen seien – die tschechische politische Kultur sei auf Basis der nationalstaatlichen Entwicklung zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden und von Masaryks Ideen über die spezielle Rolle der tschechischen Nation in der Weltpolitik beeinflusst worden. Aus diesem Weltbild sei die erste tschechische Republik entstanden, die bis heute Gesellschaft und die politische Kultur beeinflusse. Cabada nahm sogar an, dass bestimmte Denkmuster der ersten tschechischen Republik auch heutige Verhaltensmuster der politischen Eliten prägten. Eine tiefer gehende Diskussion über die histo-

rischen Wurzeln des aktuellen politischen Verhaltens, über die Ausgestaltung der politischen Kultur und Untersuchungen zur Regierungseffizienz würden für die Ausrichtung und Ausgestaltung der tschechischen Demokratie sehr hilfreich sein.

Cabada bewertete es als das derzeit größte Problem, dass politische Institutionen ihre Arbeit nicht als öffentliche Dienstleitungen verstehen würden. Öffentliche und politische Institutionen seien, so seine Folgerung, somit letzte Überbleibsel der vergangenen Regime – sie hielten sich für unersetzbar, hätten quasi monopolistische Positionen und diktierten Normen sowie Regeln des öffentlichen politischen Lebens.

Der Referent diagnostizierte letztlich eine Stagnation der Demokratie in der Tschechischen Republik. Die Tradition der Erstarrung habe ihre Wurzeln immer noch im österreichisch-ungarischen bürokratischen System, die Veränderungen seit 1989 hätten nicht mit diesen Traditionen brechen können. Daher sei die Frage nach Entdemokratisierung oder Demokratisierung nicht so passend – eher wäre die Frage nach Strategien für die fortschreitende Europäisierung der Tschechischen Republik angebracht. Bisher scheine der Druck in Richtung Subsidiaritätsprinzip ein sehr wichtiges und nützliches Instrument für Demokratisierung und das Aufbrechen der starren Strukturen der öffentlichen Verwaltung zu sein. Cabada wies ferner darauf hin, dass allerdings auch in der EU sehr starke Erstarrungstendenzen festzustellen seien – sich dieses Phänomen also nicht auf nationalstaatliche Eigenheiten beschränke.

Discussant Andreas Pribersky stellte generell „patterns of comparison across the borders for the so called new democracies“ fest, die vor allem vom Spannungsfeld zwischen starken staatlichen Institutionenordnungen und neuen Parteien geprägt seien. Paternalismus sei sehr wichtig für die verschiedenen politische Regimes, auch sei die Gesellschaft immer noch gespalten – und zwar entlang der traditionellen Konfliktlinie kommunistisch/antikommunistisch, wobei die Trennung heute nicht mehr entlang ideologischer Gegensätze, sondern eher entlang der Trennlinie zwischen Gesellschaft

und Institutionen verlaufe. Die Trennung zeige sich auch in verschiedenen politischen Subkulturen und Lebensstilen und sei von politischen EntscheidungsträgerInnen vorangetrieben worden.

Pribersky wies auch auf „the battle of reconstruction of the term nation“ in der Tschechischen Republik hin. „Nation“ werde unterschiedlich konnotiert und vor allem von den konservativen Rändern aller Parteien ins Spiel gebracht, was auch in Polen, Ungarn und Italien der Fall sei. Dringend nötig wären demnach, und hier bestätigte er Cabada, „history- or remembering politics“, um die Auseinandersetzung mit den historischen Wurzeln der Identität und die Suche nach Antworten zu forcieren.

Cabada antwortete darauf: „We still develop democracy“ – wir sind noch nicht soweit, aber auch nicht bereit, von Entdemokratisierung zu sprechen. Eher könne eine „democratic anaemia“ festgestellt werden: Politische Systeme würden nicht mehr von Ideologien zusammengehalten und von Visionen geleitet, sondern von den Lobbying-Aktivitäten der Parteiführer geprägt.

Die abschließende Podiumsdiskussion über „Demokratisierung und Entdemokratisierung in Europa?“ (Moderation: Gerda Falkner) wurde mit einem Referat von Alessandro Politi eingeleitet.

Sein Befund stellt die Souveränität der europäischen Nationalstaaten generell als „very thin“ dar. Das Konzept von „european citizenship“ sei „weak“. Er unterschied zwischen *democradura*, der autoritären Demokratie, und *democrablanda*, der „weichen“ Demokratie, und prognostizierte, dass *democradura* das nächste Modell für die Demokratien der nördlichen Hemisphäre sein werde. Politi gab dafür folgende Gründe an:

- Politische Parteien würden nicht mehr auf Basis ihrer Ideologien agieren, sondern mittels Lobbyismus und „Führerprinzip“.
- Parteikampagnen würden immer teurer – „sponsorship“ schaffe Abhängigkeiten.
- Regierungen würden versuchen, politische Macht auszubauen und Parlamente zu entwerten.

- Zivilgesellschaften verlangten mehr „power-sharing“, als Politiker zugestehen wollten.
- Die Konsequenz von „9/11“ sei die Forcierung einer „union sacrée“ – der Kampf gegen den Terrorismus führe zur Einschränkung von Bürgerrechten.

Diese Problemstellungen seien keine zeitlich gebundenen Phänomene, sondern würden auf den strukturellen Defekten der repräsentativen Demokratie basieren, die den Auswirkungen der Globalisierung und Medialisierung nicht standhalten könnten. Autoritäre Demokratien hätten unter diesen Bedingungen eher die Chance, handlungsfähig zu bleiben.

Politi argumentierte, dass der Nationalstaat ein überholtes, integrationsverhinderndes Konzept sei. Für die Zukunft der Demokratie auf EU-Ebene vermutete er a „radical redistribution of sovereignty at different ultra-national levels“ – gleichzeitig sei „the idea of European Citizenship (...) particularly useful in creating a new collective identity, even if not a panacea“.

Was das Verhältnis von Medien und Demokratie in Europa betrifft, so stimmte Politi den Ausführungen anderer Referenten zu: Entpolitisierung, Infotainment-Berichterstattung und Medienmanipulation durch die Politik seien die gängigen Befunde.

Re-Demokratisierung und Europäisierung (im Sinne einer europäischen Integration) benötigten, so Politi, ein konzeptionelles Rahmenwerk:

- die Aufwertung des Europäischen Parlaments,
- kleinere Wahlkreise/Wählerschaften für das EP,
- „MP of national parliaments should sit for a legislature in the European parliament before being re-elected at home“,
- eine „richtige“ Europäische Verfassung.

Wolfgang C. Müller und Bernhard Perchinig kommentierten das Referat von Alessandro Politi und präsentierten eine Zusammenfassung der Länderfallbeispiele: „Democracy is a contested concept“, so Müller. Letztlich seien in den

Länderfallbeispielen keine Prozesse von Entdemokratisierung festgestellt, sondern schon länger bestehende Defizite sichtbar geworden. Handlungsbedarf gebe es auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene – hier vor allem im Bereich der Förderung sozialer und partizipativer Demokratie.

Was sich als „roter Faden“ durchziehe, sei die Bestätigung der von Meyer eingangs konstatierten „gemischten Bilanz der großen und kleinen Demokratiedefizite“, die ernsthafte Gegenstrategien erfordern würden und aufgrund ihrer nationalen Besonderheiten nicht europäisch gelöst werden könnten. Interessante Entwicklungsparallelen, so Perchinig, bestünden zwischen Italien und der Tschechischen Republik, „both countries in transition with a traditionally weak society and strong parties“.

„Gloom and doom scenarios“, wie von Politi gezeichnet, wurden von den Moderatoren angezweifelt, seine Lösungsvorschläge als nicht praktikabel verworfen (wie z. B. der Vorschlag, nationale Abgeordnete vor ihrer Wiederwahl für eine Legislaturperiode im Europaparlament zu verpflichten). Politis Demokratisierungsvorschläge für die Konstruktion „Europa“ glichen, so Müller abschließend, „eher Aspirin, wo doch Penicillin gebraucht würde“.

Die Analysen der Länderfallbeispiele ergaben zwar ein umfassendes Bild nationaler Besonderheiten und Interpretationen von Demokratieentwicklung und Demokratiequalität – letztlich konnten aber jene Fragestellungen der Tagung, die den Status von Demokratisierung bzw. Entdemokratisierung auf europäischer Ebene betreffen, (noch) nicht beantwortet werden

AUTORIN

Ulrike KOZELUH ist Politologin am Wissenschaftszentrum Wien.

Forschungsschwerpunkte: Demokratietheorie; partizipative Verfahren, Modi der Entscheidungsfindung; e-democracy; Wissenschaftskommunikation; Politikberatung im Bereich Kulturpolitik.

Kontakt: Wissenschaftszentrum Wien, Strozzigasse 10/16, A-1080 Wien.

E-mail: ulrike.kozeluh@wzw.at